

## Medienmitteilung

Donnerstag, 29. Oktober 2009

# Trotz Krise – GSoA will 10'000 Arbeitsplätze vernichten

Schweizer Wirtschaft warnt geschlossen vor den Folgen der Exportverbots-Initiative

**Die Exportverbots-Initiative der GSoA entzieht einem ganzen Industriezweig die Existenzgrundlage, vernichtet 10'000 Arbeitsplätze und Hunderte von Lehrstellen. Zusätzlich kostet die zehnjährige Unterstützungspflicht des Bundes den Steuerzahler über 500 Millionen Franken. Und das ohne Aussicht, dass die staatlich verordnete Konversion nachhaltig Erfolg haben könnte. Im Gegenteil. Damit würden nur Arbeitsplätze in bereits bestehenden Unternehmen gefährdet. Die Spitzen der Schweizer Wirtschaftsverbände warnen an einer gemeinsamen Medienkonferenz vor den Folgen der Initiative und empfehlen ein Nein.**

„Die GSoA-Initiative entzieht einer ganzen Branche und vielen Zulieferern und Dienstleistern dieser Branche die Existenzgrundlage. Als Folge davon sind mehr als 10'000 Arbeitsplätze akut gefährdet“, sagt Pascal Gentinetta, Direktor von economiesuisse. Die Initianten verlangen, dass die vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen während zehn Jahren unterstützt werden. Das kostet die Steuerzahlenden über 500 Millionen Franken. Die staatlich verordnete Konversion hat kaum Aussicht auf Erfolg, würde aber bereits bestehende Unternehmen krass benachteiligen und weitere Arbeitsplätze gefährden.

Die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ist von der Wirtschaftskrise besonders betroffen. Bereits sind 17'000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Für Swissmem-Direktor Peter Dietrich ist klar: „Das Umfeld ist alles andere als geeignet für die unnötige Vernichtung von weiteren Arbeitsplätzen.“ Die Initiative entzieht der Schweizer Sicherheits- und Wehrindustrie von einem Tag auf den anderen komplett den Zugang zu ausländischen Absatzmärkten. Das würde für viele Unternehmen das Aus bedeuten, da der Inlandmarkt zu klein ist. Der Wegfall der militärischen Sparte trifft auch die Entwicklung und Produktion von zivilen Gütern, da auch dort Mengeneffekte entfallen.

Hans-Ulrich Bigler hebt hervor, dass die Initiative nicht nur bekannte Rüstungsunternehmen, sondern auch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe trifft. Der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands weist darauf hin, dass „insbesondere in Rand- und Gebirgskantonen ein nicht akzeptabler Verlust an hochqualifizierten Arbeitsplätzen und Lehrstellen droht“. Die Initiative ist aus Sicht des Werk- und Ausbildungsplatzes klar abzulehnen.

Auch für Ulrich Schürch, Präsident der Groupe Romand pour le Matériel de Défense et de Sécurité ist der drohende Arbeitsplatzabbau inakzeptabel: „Die Initiative vernichtet über 10'000 Arbeitsplätze, 3000 davon in der Romandie.“ Die Schliessung oder Verschiebung von Unternehmen ins Ausland schadet nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Industrie. Auch die Abhängigkeit vom Ausland nimmt zu, was unsere Sicherheit mindert. Denn im Krisenfall stehen im Ausland die Bedürfnisse der neutralen

Schweiz nicht an vorderster Stelle. Die aktuelle Politik, mit der europaweit strengsten Gesetzgebung und einer restriktiven Anwendung ist ausgewogen und wird den verschiedenen Interessen gerecht. Deshalb empfiehlt auch Schürch ein Nein.

Rückfragen:

Pascal Gentina, economiesuisse: 044 421 35 35

Peter Dietrich, Swissmem: 044 384 41 11

Hans-Ulrich Bigler, Schweizerischer Gewerbeverband: 079 285 47 09

Ulrich Schürch, GRPM: 076 349 31 80